

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Wahl-Sondernummer



Ausgabe 9, Oktober 2017 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

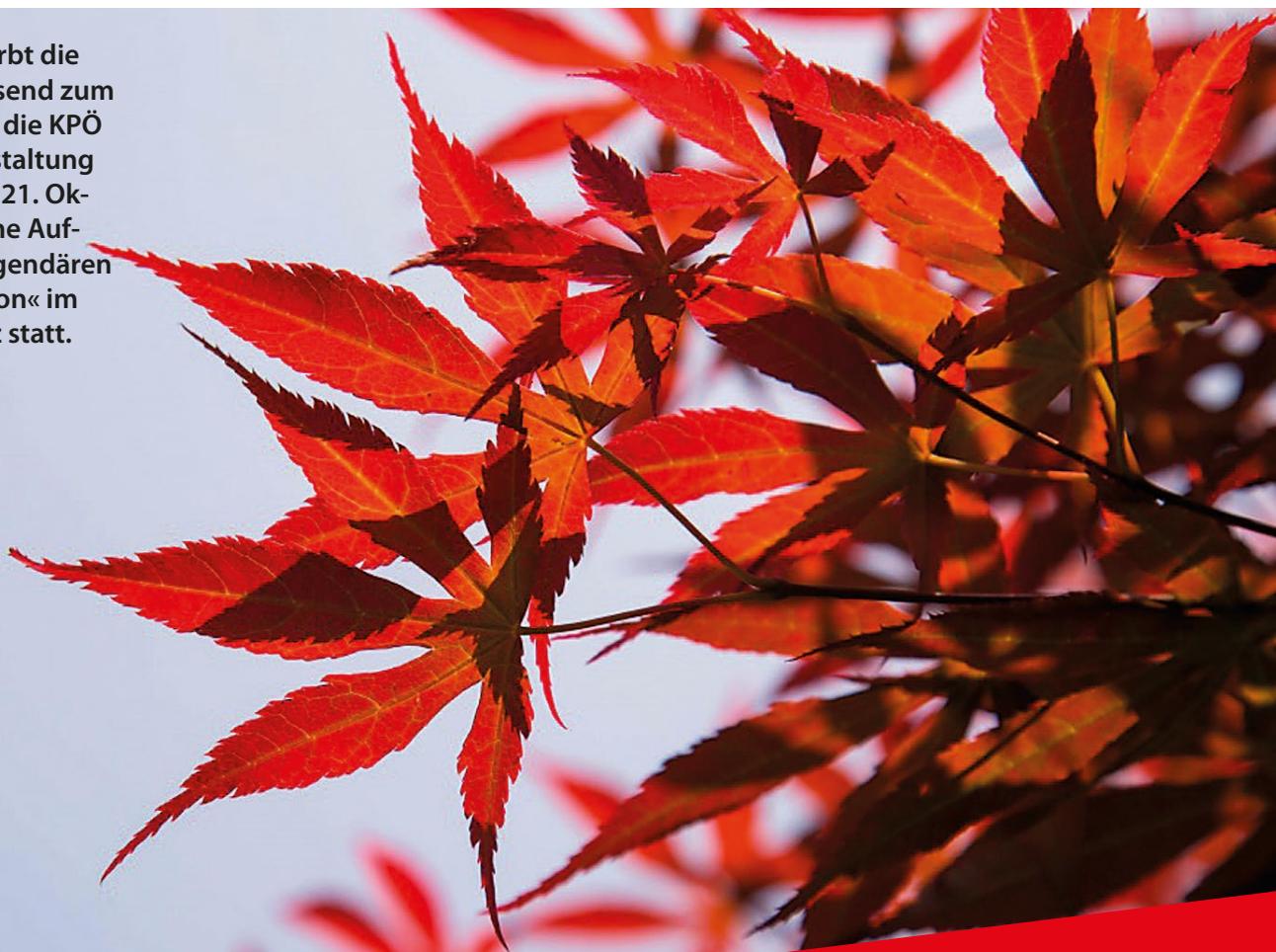
Regionalmedium der **KPO** Graz - Gemeinderatsklub

Für Verbesserungen im Verkehrsverbund

Freifahrt für Vorschulkinder!

Seite 3

Der Oktober färbt die Blätter rot. Passend zum Herbst möchte die KPÖ auf eine Veranstaltung hinweisen: Am 21. Oktober findet eine Aufführung der legendären »Proletenpassion« im Volkshaus Graz statt. Seite 10.



Wohnen darf nicht *arm* machen.

www.kpoe-steiermark.at

KPO **plus**

LISTE 7



Claudia Klimt-Weithaler

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 7 - KPÖ bei der Nationalratswahl



„Eine grundsätzliche Alternative ist nötig. Vor den Wahlen versprechen alle allen alles. Wir sind **sozial** – auch nach der Wahl.“

1

Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau im Landtag

Wahlkreis Graz und Graz-Umgebung

„Integration und die Möglichkeit zur **Selbstbestimmung** sollten nicht nur auf dem Papier existieren. Lebensqualität darf kein Privileg der Reichen sein.“



Achour Younan
Gerontologe | 1954

2



„Ich fordere gleiche Chancen für alle. Das fängt bei ganz existenziellen Dingen an, wie z. B. erschwinglichen **Mieten** und Tickets für Bus und Bim und Lebenshaltungskosten.“

3

Martina Thomüller
Bäckerin | 1991

„Faire Arbeitsbedingungen, eine gerechte Verteilung der Arbeit und ein **Arbeitseinkommen**, von dem man leben kann, sind Grundlage für sozialen Frieden und eine zufriedene Gesellschaft.“



Michael Wallik
Spediteur | 1989

4



„Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer und die soziale Ungerechtigkeit wächst. Es ist wichtig, dass auf keinen Mensch vergessen und **Armut bekämpft** wird.“

5

Valerie Erwa
Ausbildung DGKP | 1986

„Gerechte Verteilung des Wohlstandes ist eine wichtige Voraussetzung für ein langes Leben bei guter **Gesundheit**. Dafür braucht es wieder mehr Solidarität in der Spitzenpolitik.“



Hans Peter Meister
Arzt | 1955

6



„Lieber gleich berechtigt als später! Ich setze mich ein für **Gleichberechtigung** aller, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Dazu gehören für mich natürlich gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und die Ehe für alle.“

7

Doris Berger
Lehrerin | 1977

„Wird die Uni finanziell ausgehungert, bleibt Hochschulbildung den finanziellen Eliten vorbehalten. Ich bin für eine **Vermögenssteuer**, durch die man Bildung, Sozial- und Gesundheitssystem finanziert.“



Dario Tabatabai
Student | 1993

8



„Kinder haben ein Recht auf **beide Elternteile**. Väterkarenz und kürzere Arbeitszeiten für alle Beschäftigten machen dies möglich. Ich wünsche mir eine Zukunft, in der unsere Kinder gleichberechtigt aufwachsen dürfen, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft.“

9

Sarah Kröpfl
Kunsthistorikerin | 1984

„Wir vertreten die Interessen der Menschen, die keine Lobby haben, und nicht die der sozialen Eliten. Wir legen den Finger in die Wunde und sprechen aus, was andere verschweigen. Es braucht ein soziales **Gewissen** in Österreich.“



Sener Edepali
LKW-Fahrer | 1982

10

Öffentlicher Verkehr: Teuerung eindämmen, Lücken schließen

Seit 20 Jahren gibt es den steirischen Verkehrsverbund. Derzeit wird ein neuer Vertrag verhandelt. Verkehrsstadträtin Elke Kahr tritt gegen die Tarifierhöhungsautomatik und für die Schließung von Tariflücken ein.

Der Verkehrsverbund umfasst 57 Verkehrsunternehmen mit rund 500 Linien. Nun wird der Grund- und Tarifierungsvertrag zwischen Gebietskörperschaften und Verkehrsunternehmen neu verhandelt – ein idealer Zeitpunkt, um Fehler im System auszumerzen. Mit Jänner 2018 soll das neue Regelwerk in Kraft treten.

Erfolgsmodell Jahreskarte Graz

2015 wurde eine Forderung der KPÖ umgesetzt und die „Jahreskarte Graz“ für Grazerinnen und Grazer eingeführt: Sie bezahlen dafür aktuell 247 Euro (statt 422 Euro), weil die Stadt Graz den Tarif mit 175 Euro stützt. Die Jahreskarte Graz hat viele Grazer zum Umsteigen bewegt und ist damit ein wirksames Mittel zur Feinstaubbekämpfung. Auspendler, deren Arbeitsweg über die Zone 101 hinausreicht, bekommen allerdings keine Ermäßigung. Die KPÖ strebt eine Ausweitung der Unterstützung auf diese Personengruppe an.

Leute, die Anspruch auf eine SozialCard haben, können mit dieser eine Jahreskarte der **Holding Graz Linien (HGL)**, die sogenannte SozialCard Mobilität, um nur 50 Euro erhalten (60 Euro mit Schlossbergbahn).

Weil diese Vergünstigungen nur für den Haustarif der HGL (und nicht für den Verkehrsverbund) gelten, ergeben sich Probleme: So wird die Grazer SozialCard Mobilität derzeit innerhalb der Zone 101 Graz bei Regionalbuslinien (dreistellige Liniennummern) und der S-Bahn nicht akzeptiert.



Die Jahreskarte Graz berechtigt auch zu Fahrten mit der S-Bahn innerhalb der Zone 101. Wer die SozialCard Mobilität hat, muss zahlen.

Vorschläge der KPÖ+ - Elke Kahr

Kinder-Freifahrt

Die SozialCard wird nicht für die Familienermäßigung des Landes (Familienpass) anerkannt, die es ermöglicht, dass Kinder bis zum 15. Lebensjahr gratis mit den Eltern bzw. einem Elternteil mitfahren können. Für Kinder der betroffenen Familien, die das 6. Lebensjahr bereits vollendet haben, aber noch nicht in die Schule gehen, muss daher auch in Elternbegleitung der volle Tarif bezahlt werden. Hier muss dafür gesorgt werden, dass Kinder bis zum Schuleintritt generell in den Genuss einer Freifahrt kommen.

Automatische Erhöhungen

Ein besonderes Ärgernis ist die „Tarifautomatik“. Die Verkehrsunternehmen können derzeit ihre Tarife jährlich um das 1,75fache des Verbraucherpreisindex anheben. Das wurde in den vergangenen Jahren fast immer voll ausgeschöpft. Die Folge: alljährliche saftige Preiserhöhungen, in der Regel abwechselnd bei Einzelfahrschein und Zeitkarten. „Wir wollen erreichen, dass der Rahmen der Tarifautomatik mit dem Verbraucherpreisindex gedeckelt wird“, so Kahr, die dieses Ziel im Zuge der laufenden Verhandlungen verfolgt.

Seniorenermäßigung für alle Bezieher einer Alterspension

Eine der benachteiligten Bevölkerungsgruppen sind die Pensionisten und besonders die Pensionistinnen. Nur wer eine ÖBB-VorteilsCard Senior um 29 Euro/Jahr vorweisen kann, bekommt eine Ermäßigung in Graz. Die Altersgrenze liegt derzeit bei 62 Jahren für Frauen und Männer und wird ab kommendem Jahr auf 63 Jahre angehoben – unabhängig vom Bezug einer Pension. Hier tritt die KPÖ für eine Entkopplung ein. Eine gerechtere Regelung wäre die Anerkennung des Pensionistenausweises, wie es in anderen Bundesländern üblich ist.

HOLEN WIR UNS

DIE REISEFREIHEIT
ZURÜCK

KPÖ
plus

LISTE 7

NATIONALRATSWAHL 2017: LISTE 7 - KPÖ FÜR LEISTBARES WOHNEN

KPÖ: Eine glaubwürdige

Wohnen darf nicht arm machen. Überhöhte Politikergehälter kürzen!

Wir haben mit der steirischen KPÖ-Spitzenkandidatin bei der Nationalratswahl gesprochen.

Die KPÖ steht bei der Nationalratswahl am 15. Oktober wieder auf dem Stimmzettel. Wieso?

Claudia Klimt-Weithaler: Ganz einfach. Weil es eine grundsätzliche Alternative braucht. Vor den Wahlen versprechen immer alle allen alles. Nach dem Wahltag ist das ganz schnell wieder vergessen. Eine Stimme für die etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme. Sie haben den Bezug zu den einfachen Menschen längst verloren und führen täglich vor Augen, wie abgehoben die Politik geworden ist.

Im Wahlkampf sammeln Sie Unterschriften für leistbares Wohnen. Was wollen Sie erreichen?

Klimt-Weithaler: Seit Jahren verspricht die Bundesregierung, Maßnahmen zu setzen, die das Wohnen leistbarer machen, bisher ist nichts passiert. Das muss sich ändern! Denn immer mehr Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten. Um diese Entwicklung zu stoppen, fordern wir zum Beispiel fixe Mietzinsobergrenzen oder die Abschaffung der Maklerprovision für Mieter und Mieterinnen.

Die KPÖ will die Politikerbezüge kürzen. Warum?

Klimt-Weithaler: Weil Politiker mit abgehobenen Bezügen abgehobene Politik machen. Sie wissen nicht mehr, wie es den einfachen Menschen geht. Die KPÖ geht da einen anderen Weg. Einen Großteil unserer Einkommen verwenden wir für Menschen, die in eine Notlage geraten sind.

Und was sagen Sie zur Sparpolitik?

Klimt-Weithaler: Wenn die Politik vom Sparen redet, sollte sie bei sich selbst anfangen. Seit ich im Landtag bin, sind schon fast 400.000 Euro aus meinem Gehalt in den KPÖ-Sozialfonds geflossen. Da sieht man schon, dass die Summen nicht so klein sind, die Politiker verdienen.

Stichwort Arbeitslosigkeit. Welche Rezepte hat da die KPÖ?

Klimt-Weithaler: Hier braucht es einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Auf der einen Seite wächst die Zahl der Langzeitarbeitslosen ständig, und die Menschen verzweifeln und werden krank, weil sie keine Arbeit finden können. Auf der anderen Seite müssen viele noch und noch Überstunden ma-

chen und werden auch krank, weil sie bis zum Umfallen arbeiten. Die KPÖ setzt sich für eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein.

Was sollte sich noch ändern?

Klimt-Weithaler: Immer mehr Menschen haben schlecht bezahlte Teilzeitjobs oder sind überhaupt prekär beschäftigt. Hier müssen klare Regelungen her, um diesen Wildwuchs einzudämmen. Auch die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Die Menschen brauchen Arbeitsplatzsicherheit und ein solides Einkommen.



KPÖ-Spitzenkandidatin LAbg. Claudia Klimt-Weithaler im Gespräch mit dem ORF Steiermark:

„Ich will ein Zeichen setzen, und egal was daraus wird, ob wir jetzt in den Nationalrat einziehen oder später, unsere Arbeit im Interesse der Menschen wird weitergehen. Wir werden konsequent bleiben, wir werden ehrlich bleiben und wir werden sozial bleiben. Und das ist für die Menschen, glaube ich, das Wichtigste.“

foto: bendel11.fotolia.at



Die Teuerung bei den Wohnkosten ist höher als in anderen Bereichen. Dazu kommen bei einer Neuvermietung noch Miet-„Nebenkosten“: Maklerprovision, Kautions, Steuern.

Preis-Explosion bei Mieten. Die Hauptmieten für Wohnungen in Österreich haben im zweiten Quartal inklusive Betriebskosten um gut vier Prozent gegenüber dem Vorjahr zugelegt. 504,70 Euro kostet eine Wohnung pro Monat im Durchschnitt – im zweiten Quartal 2012 waren es noch 434,40 Euro. Das ist ein Anstieg um gut 16 Prozent. Am teuersten kommen Wohnungen in privater Hauptmiete. Hier lagen die durchschnittlichen Kosten im abgelaufenen Jahr bei 665 Euro – das waren 10,10 Euro pro Quadratmeter!

Preisexplosion bei Wohneigentum. Noch dramatischer stiegen die Preise bei Wohnungs- oder Hauskauf: Die Preise legten in den letzten 5 Jahren um 40 Prozent zu. Der Grund dafür liegt in der steigenden Spekulation mit Immobilieneigentum.

Alternative

Wahlentscheidend werden auch dieses Mal die Frauen sein. Welches Angebot hat die KPÖ für sie?

Klimt-Weithaler: Es braucht keine Lippenbekenntnisse, sondern ganz konkrete Verbesserungen: Frauen, die Kinder großgezogen haben, dürfen im Pensionssystem nicht benachteiligt werden. Es braucht kostenlose und gute Kinderbetreuung.

Väterkarenz muss selbstverständlich und nicht von der Erlaubnis des Arbeitgebers abhängig sein. Und dass Frauen immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, sollte schon längst der Geschichte angehören.

Viele werden aber wohl auch dieses Mal „taktisch wählen“.

Klimt-Weithaler: Taktisch zu wählen ist noch jedes Mal nach hinten losgegangen. Auch Freunde von mir haben zuletzt Voves gewählt, um einen schwarzen Landeshauptmann zu verhindern. Bekommen haben sie Schützenhöfer. Wenn alle so wählen würden, wie sie politisch denken, hätten viele Verschlechterungen keine Mehrheiten gefunden. Andererseits hat sich

auch gezeigt, dass die KPÖ viele Verbesserungen erreichen kann. Etwa die Abschaffung des Pflegeregresses oder Verbesserungen beim Wohnen in Graz.

Wen spricht die KPÖ an?

Klimt-Weithaler: In den letzten Wochen haben sich viele auf wahlkabine.at informiert, wie ihre eigenen Ansichten mit den Programmen der Parteien übereinstimmen. Nicht wenige waren erstaunt, dass ihre Werte und Haltungen am ehesten von der KPÖ vertreten werden. Wenn nur die Hälfte von ihnen KPÖ wählen würde, gäbe es im Parlament eine Partei, die wirklich ihre Interessen vertritt.

Ein interessanter Gedanke, oder?

KPÖ: Für die Vielen, denen wenig bleibt

Alle reden von Kurz, Kern und Pilz. Niemand redet mehr von leistbarem Wohnen oder den überbordenden Politikerprivilegien. Eine Stimme für die etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme. Sie haben den Bezug zu den einfachen Menschen längst verloren und führen täglich vor Augen, wie abgehoben die Politik geworden ist.

Die KPÖ erhebt ihre Stimme für die Vielen, denen wenig bleibt. Sie setzt sich glaubwürdig für leistbares Wohnen und ein Einkommen zum Auskommen ein.

Es kommt auf Ihre Stimme an!

Hausherrenpartei. Wie das Magazin Trend berichtet, profitiert die ÖVP-Liste Kurz am meisten von den Spenden der Immobilienbranche. Jede dritte Großspende kommt aus diesen Kanälen.



MEINE MEINUNG

Stadträtin Elke Kahr

Vorher – nachher

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Eine wichtige Wahlkampf Erfahrung gilt auch vor dem 15. Oktober: Die Menschen sollten nicht auf die Inszenierung und auf die Versprechungen achten, sondern auf das, was nicht auf den Plakaten steht. Die Parteien geben nämlich Millionen aus, damit ihre wirklichen Ziele verschleiert werden. Man gibt die Stimme ab und danach machen VP, SP oder die FP damit, was sie wollen und nicht, was die Menschen brauchen. Wer das Gold hat, bestimmt die Regeln. Das hat der Milliardär Stronach einmal gesagt. Und er weiß, wovon er redet.

Wir haben das in Graz bei der Gemeinderatswahl erst vor ein paar Monaten erlebt. Vor der Wahl war Nagl auf den Plakaten ein Bürgermeister für alle. Er hat seine Partei versteckt und für alle ein gutes Wort gehabt. Nach der Wahl haben wir von ihm eine beinharte Parteipolitik, eine engherzige Rathauskoalition und erste Einschnitte bei Sozialleistungen bekommen.

Ich gehe jede Wette ein, dass es auch nach der Nationalratswahl so ablaufen wird. Deshalb ist es so wichtig, die Partei zu stärken, die anders ist als die anderen.

Und das ist die KPÖ mit Claudia Klimt-Weithaler. Wir sind auch nach der Wahl sozial, wir setzen uns dafür ein, dass Wohnen nicht arm machen darf, und wir versuchen den Menschen zu helfen.

Wir stehen mit dieser Haltung in Graz Tag für Tag auf dem Prüfstand. Denken Sie auch am 15. Oktober daran.

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60



KLEIN, aber MIT BISS

Trübe Aussichten für unser Land. Ich werde einen langen Winterschlaf machen.

Wohnen darf nicht arm machen.

LISTE 7
KPÖ plus

www.kpoeplus.at

www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

WOHNEN DARF NICHT ARM MACHEN

Alleinerzieherin fast vor die Tür gesetzt

„Ich habe Angst, die Wohnung zu verlieren und mit meinem Sohn auf der Straße zu stehen“, sagte Frau Reiter*). Mit einem Delogierungsbescheid in der Hand wandte sie sich an KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer.

Frau Reiter ist eine junge Mutter, die bei einer Handelskette teilzeitbeschäftigt ist. Zum Leben bleibt bei ihrem Lohn wenig. Erst recht nicht, seit Anfang des Jahres die Beziehung mit dem Vater ihres Kindes in die Brüche ging und sie alleine für die Miete aufkommen muss. Knapp die Hälfte ihres Lohns von 1.000 Euro muss sie für das Wohnen aufwenden. Dazu kommt, dass sich ihr ehemaliger Lebensgefährte nicht an die Vereinbarung, mit einer Zuzahlung zur Miete sein Kind finanziell zu unterstützen, gehalten hat. Groß war der Schock, als sie feststellen musste, dass sich ein beträchtlicher Mietrückstand angesammelt hatte und eine Ladung vom Bezirksgericht eintraf.

Frau Reiter konnte geholfen werden. Durch eine mietrechtliche Beratung sowie eine finanzielle Unterstützung aus den Gehältern von Elke Kahr und Robert Krotzer



*) Name von der Redaktion geändert, Symbolfoto Fotolia.com

konnte eine Delogierung abgewendet werden.

Mieten fressen das Einkommen auf

Fälle wie der von Frau Reiter sind nicht selten. Doch auch ohne schwierige Lebenssituationen, wie Trennung, plötzliche Arbeitslosigkeit oder Erkrankung wird es für viele immer schwerer das Geld für die Miete aufzubringen. Während die Wohnungskosten von Jahr zu Jahr kräftig steigen, stagnieren die Einkommen. Die Miete frisst einen immer höheren Anteil des Einkommens auf.

Tausende Unterschriften für leistbares Wohnen

Die KPÖ warnt seit Langem: „Für uns ist der Einsatz für leistbares Wohnen kein Wahlkampf-Schmäh, sondern eines der dringendsten Anliegen, um für die Menschen

den Alltag zu erleichtern“, erklärt Elke Kahr.

Die KPÖ hat Anfang des Jahres eine Parlamentarische Bürgerinitiative unter dem Titel „Wohnen darf nicht arm machen“ gestartet und fordert:

- Einheitliche, niedrige Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen von Gemeindewohnungen!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Tausende Menschen haben diese Anliegen seither mit ihrer Unterschrift unterstützt. Und jede dieser Unterschriften ist wichtig, denn nur durch Druck von unten kann es gelingen, Verbesserungen gegen die mächtigen Lobbys der großen Eigentümer und Wohnungsspekulanten durchzusetzen.



Restschuldbefreiung neu

Ab 1.11. Verbesserung bei Privatkonkurs

Ab 1. November 2017 wird der Privatkonkurs für viele möglich. Bisher mussten Menschen mit Schulden – nach Verwertung ihres gesamten Vermögens – innerhalb von sieben Jahren mindestens 10 Prozent an Rückzahlungen leisten, um eine gerichtliche Restschuldbefreiung zu bekommen.

Für viele Menschen war diese Zehn-Prozent-Hürde und somit ein Ende der Verschuldung unerreichbar. Diese Regelung wird – unter

anderem durch den Einsatz der KPÖ – geändert.

Die Restschuldbefreiung wird schon nach fünf Jahren erteilt. Vor allem aber die Quote von 10%, die Arbeitslose oder Mindestsicherungsempfänger oft nicht aufbringen konnten, ist endlich abgeschafft.



Retten wir Alt-Grottenhof!

Volksbefragung zu Alt-Grottenhof erreicht

Der Widerstand gegen Verkauf und Verbauung wertvollen Bio-Ackerlandes der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof hat einen ersten Erfolg erzielt.

In kürzester Zeit wurden 1.620 Unterschriften für eine Volksbefragung im Bezirk Wetzelsdorf gesammelt. Ziel ist es, eine Verbauung der Flächen von Alt-Grottenhof zu verhindern und die wertvollen Grünflächen für die Schule und die Bezirke Wetzelsdorf und Straßgang zu bewahren.

Am 29. September überreichten **Stadträtin Elke Kahr**, gemeinsam mit **Dr. Rainer Hauer**,

Direktor des Schauspielhauses i.R. und Sohn des ehemaligen Direktors und Namensgeber der LFS Alt-Grottenhof, Ekkehard Hauer, sowie Vertretern von Grünen und SPÖ dem Grazer Bürgermeister die gesammelten Unterschriften.

Damit kommt es nun zu einer Volksbefragung im Bezirk Wetzelsdorf. *„Die Bevölkerung will nicht, dass die Grünflächen verbaut werden“*, sagte **Elke Kahr**. *„Das zeigt die Tatsache, dass wir die Unterschriften in kürzester Zeit beisammen hatten.“* Möglich war dies dank der Unterstützung zahlreicher Bewohner und Bewohnerinnen, die von Tür zu Tür gegangen sind, um Unterschriften zu sammeln.

Der zuständige Landesrat Seitingner sowie Bürgermeister Nagl (beide ÖVP) äußerten in den vergangenen Monaten wiederholt die Verkaufs- und Bebauungswünsche. Besonders brisant ist der Punkt, dass die Erlöse nur teilweise für die Modernisierung der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof verwendet werden sollen, ein großer Batzen des Geldes aber zum Stopfen der leeren Kassen des Landes Steiermark vorgesehen ist.

Die Ideen der ÖVP für die Verwertung dieser fünf Hektar Ackerfläche reichen von Siedlungsbau über eine neue Einsatzzentrale der Rettung bis hin zu einer großen Sportanlage. *„Auch eine Sportanla-*

ge ist eine Verbauung von wertvollen Ackerflächen – das wäre ein verlorener Boden“ betonte **Dr. Hauer**. Er verwies auf die Bedeutung des wertvollen, humusreichen Bodens als Schutz gegen Feinstaub und Überschwemmungen.

ZITIERT

»Österreich ist die lebendigste Demokratie unseres Kontinents. In einer lebendigen Demokratie braucht es links von der etablierten Linken stets auch eine im demokratischen Herrschaftskonsens nicht integrierte kämpferische, radikal-kritische linke Bewegung, damit die etablierte Linke nicht im Konsens erstickt. Deshalb begrüße ich die Liste von KPÖ PLUS« Jean Ziegler, Autor, zuletzt: »Der schmale Grat der Hoffnung«

»Würden alle, die KPÖ PLUS nicht wählen, weil das eine »verlorene Stimme« wäre, doch KPÖ PLUS wählen, wären ihre Stimmen nicht verloren.« Leo Lukas, Autor & Kabarettist

»Einmal Timelkam, immer Timelkam.
Einmal Rolling Stones, immer Rolling Stones.
Einmal KPÖ, immer KPÖ.
(Von mir aus auch mit einem Plus dahinter.) Kurt Palm, Autor und Regisseur

Der ausbeuterische Reichtum von Metropolis ist eine globale Frechheit, der Zug der sich abhängt Fühlenden ist nach Rechtsland gefahren, Linksland wirkt verlassen. Alle fürchten sich vor irgendwas. Gefragt ist eine auf solidarischer Verteilung beruhende postnationalistische Wirtschaft, ökologisch und dekolonialistisch, eine von den Ansprüchen der Zukunft kommende Politik, unkapitalistisch, religionslos, feministisch und lässig. Markus Binder, Attwenger, Musiker und Autor



Stadträtin Elke Kahr, Dr. Rainer Hauer, Gemeinderätin Bedrana Ribo, Bezirksrätin Ruth Masser, Gemeinderat Michael Ehmann überreichten Bürgermeister Nagl 1620 Unterschriften für eine Volksbefragung zu Alt-Grottenhof.

Murkraftwerk, Feinstaub, Umweltzerstörung

HOLEN WIR UNS

DIE UMWELT

ZURÜCK

KPÖ plus

www.kpoeplus.at

LISTE 7

Die Wiederkehr der Sklavenhaltung

Immer mehr Menschen schufteten für ein Einkommen, von dem sie kaum bis gar nicht leben können.

„Dass es mit meiner Fächerkombination nach dem Studium hart wird, damit habe ich ja gerechnet“, meint Susanne Schuster*, um dann mit einem tiefen Seufzer hinzuzufügen: „Aber dass ich einmal gleich in der Sklaverei landen würde, das hätte ich schlichtweg für denkunmöglich gehalten.“

Die 33-jährige Grazerin hat Germanistik und Philosophie studiert, die Lehramtsprüfung abgelegt und mit Auszeichnung promoviert. Sie arbeitet als freie Lektorin für einen internationalen Verlagsriesen, der sie „auf Basis Zeilenhonorar“ für eine höchst anspruchsvolle Tätigkeit

„mit monatlich durchschnittlich rund 800 Euro netto“ abspeist. Dabei könne sie sich noch glücklich schätzen, meint die Akademikerin, der man die „Erwerbsarmut“ nicht ansieht, „denn einige meiner ehemaligen Studienkolleginnen machen drei bis vier Mini-Jobs, und verdienen zum Teil sogar noch weniger als ich“.

Damit verbleibt der alleinerziehenden Mutter einer vierjährigen Tochter nur noch die Hoffnung, dass sie durch die bevorstehende Pensionierungswelle bei den Lehrern an höheren Schulen „in absehbarer Zeit endlich in den Schuldienst übernommen“ wird. Nachsatz: „Wenn ich diese Perspektive nicht hätte, wäre ich wahrscheinlich schon in der Psychiatrie gelandet...“

Unter Raubtieren

Nicht in der Psychiatrie, aber „unter Raubtieren“ ist der 26-jährige Absolvent des FH-Studienganges Journalistik und Unternehmenskommunikation Patrick Weinberger* gelandet, der sich laut Eigendefinition als „PR-Schlampe“ für klein- und mittelständische Unternehmen über Wasser hält. Weinberger: „In dieser Branche herrscht das Marktgesetz von Angebot und Nachfrage in seiner brutalsten Form.“ Denn, so der Bewohner von Hotel Mama, „die kleinen Bosse sind ärger als die großen“, weil sie „einen bei der Auftragsvergabe das Hemd ausziehen und dann mit ihrer miesen Zahlungsmoral dafür sorgen, dass du dir auch die nächsten paar Wo-

chen nach Auftrags erledigung kein neues kaufen kannst“. Sein Einkommen erachtet er als „eine Schand“ und will es deshalb nicht beziffern, verrät aber, dass es „Monate gibt, in denen ich mit der Mindestsicherung besser bedient“ wäre.

Saisonalarbeit

Eine bittere Erkenntnis, die auch Jovanka Begić* gemacht hat. Die gebürtige Jugoslawin, die ihr Alter nicht verraten will, aber nicht ohne Stolz preisgibt, dass sie schon seit 28 Jahren in Österreich lebt, verdingt sich in der Wintersaison als Abwäscherin in der Tiroler Nobelhotellerie. Dort, so schwört sie beim „heiligen Dragutin“, würden sie und ihresgleichen – „alles Ausländer“ – ausgenommen wie die Weihnachtsgänse: „Brutto schaut es nicht schlecht aus“, meint sie, „aber was nach Abzug der Steuern bleibt, ist nicht viel mehr als die Mindestsicherung“.

Und auch sie verwendet es, das Wort „Sklaverei“, wie es zuvor schon die Lektorin und der vom PR-Schreiben lebende Journalist immer dann taten, wenn sie nach einen passenden Ausdruck für ihre Arbeitsverhältnisse suchten...

*Namen von der Redaktion geändert



KPÖ-Bundeskandidatin Flora

Petrik: „Ich denke, wir können sehr viel von der KPÖ Steiermark lernen, der es gelungen ist, mit dem Thema leistbares Wohnen Veränderungen im Leben der Menschen zu erreichen. Die Steirer machen Politik, die wirkt – auch weil sie mit den Menschen reden und vor Ort aktiv sind. Es geht dabei etwa darum, dass Politiker nicht abgehoben sein dürfen. Wir fordern deshalb auch die Senkung der Politikergehälter auf 2.300 Euro. Die praktizieren die Abgeordneten der KPÖ Steiermark seit Jahren bei sich selbst, das finden wir vorbildlich.“

Bild: Flora Petrik und Ernest Kaltenegger beim Volkshausfest

Dafür steht KPÖ Plus:

- ★ Neuverteilung der Arbeit: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und nicht der Arbeitslosen
- ★ Mindestlohn von 1.750 Euro, mindestens 700 Euro Lehrlingsentschädigung

HOLEN WIR UNS
DIE ZUKUNFT
ZURÜCK

KPÖ
plus
LISTE 7

Kleine Innenstadtentflechtung mit großer Wirkung

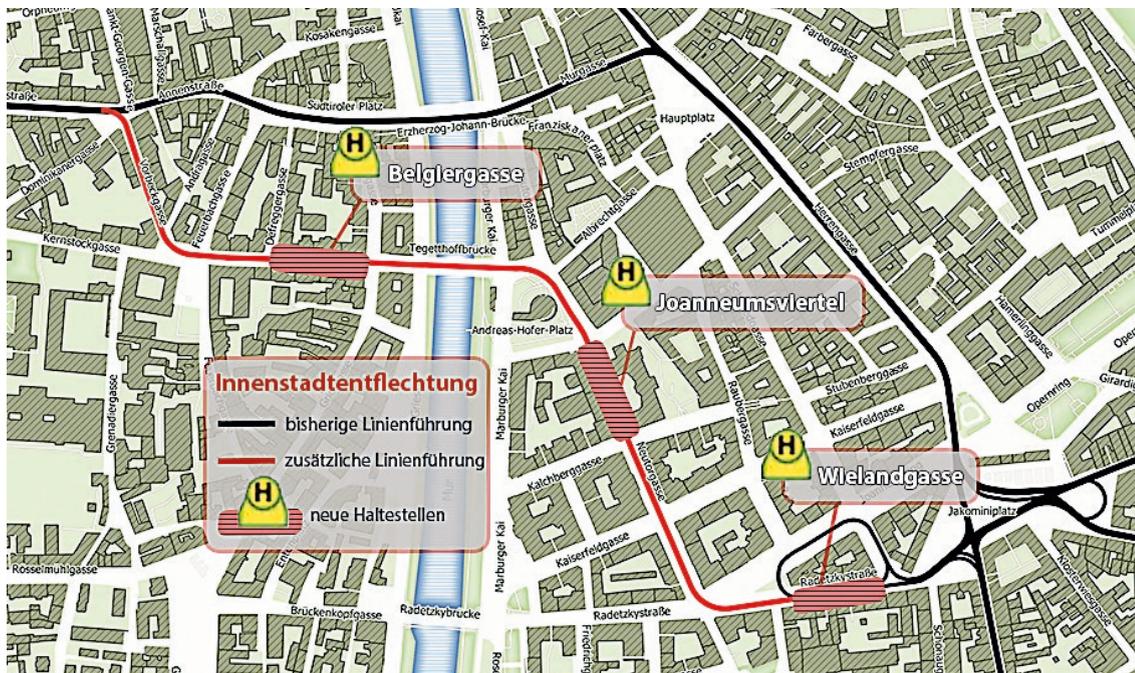
Neben der Tram-Anbindung der neuen Stadtteile im Westen, Reininghaus und Smart City, soll nun auch die Innenstadt-Entflechtung bis 2022/23 umgesetzt werden. Was bringt das 25-Mio.-Euro-Projekt? Ist damit die Südwest-Linie gestorben?

Die Achillesferse des Grazer Straßenbahnnetzes ist, dass alle Linien durch die Herrngasse fahren. Kommt es zu einem Störfall, steht praktisch der ganze Tram-Betrieb still. Nahliegende Lösung: Eine Innenstadt-Umfahrung oder -Entflechtung.

Ein derartiges Projekt ist seit Jahrzehnten am Tapet: 2011 hatte der Gemeinderat die Planung genehmigt und die Trasse festgelegt.

Doch schon mit einer Abänderung 2014 – beschlossen gegen die KPÖ – begann man sich vom Projekt zu verabschieden: Um den Autoverkehr weiter in der Brückenkopfgasse belassen zu können, wurde die Trasse geteilt, stadteinwärts sollte über die Zweiglasse gefahren werden. Die „Entflechtung lang“ wurde vom Gesamtvorhaben der Südwest-Linie entkoppelt.

Am Ende war die Innenstadt-Entflechtung als erste Etappe



der Südwest-Linie (Linie 8) geplant – jedoch: Diese Variante über den Griesplatz hat der Bürgermeister in diesem Frühjahr für nicht machbar erklärt. Damit schwenkte Nagl von der langen zur kurzen Innenstadtentflechtung um.

Betrachtet man nun die Variante Neutorgasse nur vom Standpunkt der **Innenstadt-Entlastung** her, dann ist diese sicher positiv: Sie ist + rasch umsetzbar, + relativ kostengünstig

- + sie bindet den Andreas-Hofer-Platz als Regionalbusbahnhof sowie das Universalmuseum Joanneum ans Straßenbahn-Netz an.
- + Weil die Kfz-Verkehrsdichte auf der Route durch die Neutorgasse abgenommen hat, ist diese Streckenführung auch mit dem Autoverkehr leichter vereinbar.

Die Linie 8

Die Notwendigkeit einer Stra-

ßenbahn in den Südwesten von Graz ist aber nach wie vor gegeben. Nun wird das „Netzkonzept 2007“ durch den Züricher ÖV-Experten Willi Hüsler überarbeitet. Dabei ist auch die Netzerweiterung in den Nordwesten (Gösting) und die Uni-Tram (Verlegung der Linie 1 oder Neubau Linie 2) auf dem Prüfstand. Die Ergebnisse sollten dann Grundlage für das nächste Straßenbahnausbau-Paket sein.

Runter mit den Politikergehältern!

„Ausgabenseitig sparen“ – das predigen ÖVP, SPÖ und FPÖ und meinen das Streichen von Sozialleistungen. Ein Kürzungstabu gibt es aber bei Parteienförderungen und Politgehältern. Da gönnen sich Schwarz, Rot und Blau immer wieder ein fettes Plus.

Was die Subventionierung des Politbetriebs betrifft, ist der Staat Österreich großzügig: 209 Millionen Euro fließen 2017 in Summe an die politischen Parteien – zwei Millionen mehr als im Jahr davor. Österreich liegt damit international im Spitzenfeld.

Auch bei den Politbezügen gibt es keine Zurückhaltung. Jahr für Jahr beantragt die KPÖ im Steiermärkischen Landtag, die Politikergehälter zu senken. Jahr für Jahr wird der Antrag von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grünen abgelehnt.

Deshalb verwenden die kommunistischen Mandatarinnen und Mandatare einen großen Teil ihrer Bezüge für konkrete Hilfe. Seit 1998 wurden fast 1,9 Millionen Euro für Menschen in Notlagen verwendet. Am „Tag der offenen Konten“ legt die KPÖ Jahr für Jahr darüber Rechenschaft ab.

So viel kassieren österreichische Politiker ab jeweils 14mal / Jahr – brutto

Landeshauptmann Hermann SCHÜTZENHÖFER	16.636 Euro
LH-Stellvertreter Michael SCHICKHOFER	15.760 Euro
Bürgermeister Siegfried NAGL , Graz	13.571 Euro
Vizebürgermeister Mario EUSTACCHIO , Graz	11.382 Euro
Stadtregerungsmitglied Graz	10.507 Euro
Bundeskanzler KERN (SPÖ)	21.889 Euro
Außenminister KURZ (ÖVP)	17.512 Euro
Heinz Christian STRACHE (FPÖ)	14.885 Euro
Ulrike LUNACEK (GRÜNE)	8.756 Euro

La strada ferrata Graz, Triest und die Südbahn

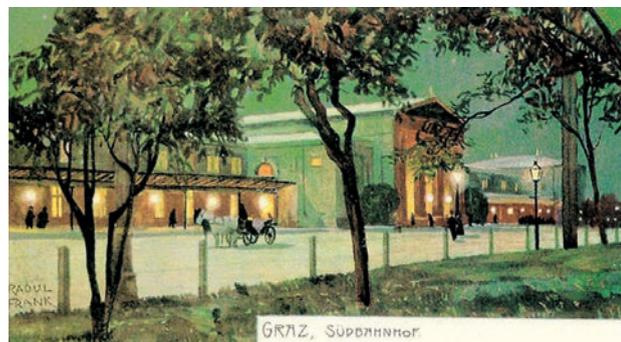
27. Juli 1857, vor 160 Jahren: Nach 18 Jahren Bauzeit ist die 577 Kilometer lange Südbahn von Wien über Graz nach Triest fertig gestellt, Donauraum und Adria sind durch die Schiene verbunden. Das Joanneum bietet **von Mi. 11.10. bis So. 15.10.2017** ein umfangreiches Programm mit Vorträgen, Konzerten, Lesungen, Verkostungen. Ein Auszug aus dem Programm:

Mittwoch, 11. Oktober, Beginn: 19 Uhr
Alte Technik, Aula, Rechbauerstraße 12, Graz

Das Kreuz mit dem Süden

Diskussionsrunde mit Franz Parteder und Experten wie Klaus Rießberger und Christoph Posch

Freier Eintritt, keine Anmeldung erforderlich!



Samstag, 14. Oktober 2017

FIESTA TRIESTINA

15.00 Uhr: Gasthaus Buchmesser, Vinzenz-Muchitsch-Straße 24, Triestersiedlung, 8020

- **Igor Morosoff**, russischer Tenor, wird mit Arien von Verdi die Emotionen zum Schwingen bringen.
- **Martin Behr und Martin Osterider** haben sich mit der Triestersiedlung fotografisch-antobiografisch auseinandergesetzt und präsentieren ihr Buch.
- **Veit Heinichen**, Starautor, dessen Kriminalromane Triest zum Schauplatz haben, sorgt für eine spannungsgeladene Lesung.
- **Gerhard M. Dienes und Reinhart Grundner** bringen ihr Buch „Sehnsucht nach dem Süden“ mit und werden das Fest moderieren.
- Abgerundet wird die „Fiesta Triestina“ in der Triestersiedlung durch musikalische Hadern, die in den Badeorten an der Adria Urlaubsherzen schmelzen ließen, mit **Uli Rennert und Peter Kunsek**.
- Spezialitäten aus Küche und Keller: Weine von Sancin und Köstliches aus der Küche der Chefin vom Gasthaus Buchmesser, deren Vater Mitbegründer des Grazer „Fußballverbandes Südbahn“ war.

Freier Eintritt, keine Anmeldung erforderlich!

500 Jahre Klassenkampf als Rock-Oper

Die PROLETEN PASSION

Der Klassiker von **Heinz R. Unger** und den **„Schmetterlingen“** neu aufgeführt zum **100. Jahrestag der Oktoberrevolution**.
Eine Produktion von **WERK X**, inszeniert von **Christine Eder** unter Mitwirkung von **„Gustav“** und **Knarf Rellöm**.

»Das Signal einer besseren Zukunft«
100 Jahre Oktoberrevolution
Konferenz & Diskussion
am Nachmittag.

Brot & Frieden!

Vorverkauf Zentralkartenbüro und Volkshaus

Die **Geschichte** von den Kämpfen der **Ausgebeuteten** und **Unterdrückten** für **Gerechtigkeit, Freiheit** und **soziale Rechte** von den **Bauernkriegen** über die **Oktoberrevolution bis heute**.

14 Uhr: Konferenz & Diskussion
»Das Signal einer besseren Zukunft«
100 Jahre Oktoberrevolution

20 Uhr: PROLETENPASSION
Vorverkauf: € 12 (erm. 9 €), Abendkassa: 15 €
Erhältlich: Zentralkartenbüro; KPO-Bezirksleitung (Lagergasse 98a)

KPO

Samstag, 21. Oktober
Volkshaus Graz

KPO BILDUNGSVEREIN KJÖ & KSV

7. GRAZER
PROTESTSONGCONTEST

Laut gegen Sozialabbau, Rassismus oder Schwarz-Blau in Graz! Publikum und Jury suchen den besten Protestsong.

Bewerbungen als Band oder Solo-Künstlerin an graz@kjoe.at bis 25. Oktober!

PROTEST
Song

FREITAG, 3. NOVEMBER
20 UHR | VOLKSHAUS GRAZ
Lagergasse 98a, Linie 5, 39, 67: Karlsruher Kirche/Gürtel

KJÖ & KSV

Maria Cäsar 1920–2017

„Ich bin immer schon eine politische Frau gewesen“, lautete eine Feststellung Maria Cäsars. Was so einfach klingt, bedeutete ein Leben abseits bürgerlicher Beschaulichkeit.

1920 in Prevalje geboren, verbrachte Maria Cäsar ihre Kindheit in Judenburg. Schon als junges Mädchen engagierte sie sich politisch. Erst bei den Roten Falken, nach der Niederschlagung der österreichischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 schloss sie sich dem bereits verbotenen kommunistischen Jugendverband an und wurde später Mitglied der KPÖ, der sie bis zu ihrem Tod verbunden blieb.

Mit dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland im Jahr 1938 wurde Widerstand gegen die Diktatur noch gefährlicher als er zur Zeit des Austrofaschismus ohnehin schon war. Er konnte auch das Leben kosten. Maria scheute selbst dieses Risiko nicht. Ihr Eintreten für Solidarität, Freiheit und Unabhängigkeit führte letztendlich zu ihrer Inhaftierung. Eine Erfahrung, die sie bis ins hohe Alter beschäftigte. Aber nicht der Rückzug, sondern die Weitergabe dieser Erfahrung an junge Menschen, damit diese daraus lernen können, war ihre Konsequenz. Als Zeitzeugin erwarb sie sich große Verdienste und Anerkennung über alle Parteigrenzen hinweg.

Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden war für Maria nicht etwas Abstraktes.

Wohnungsnot kannte sie aus eigener Erfahrung, ebenso die Nazi-Diktatur, die jede demokratische Regung gnadenlos verfolgte. Den bisher schlimmsten Krieg der Menschheitsgeschichte mit seinen Millionen Toten und zerstörten Städten und Dörfern erlebte sie auch mit.

Die kommunistische Idee war alles andere als ein zeitgeistiger Modetrend. Der Kalte Krieg hatte auch in Österreich seine Spuren hinterlassen: Von offenen Anfeindungen über spöttisches Belächeln bis hin zum deutlichen Zeigen des Ignorierens gingen die Reaktionen vieler Menschen.

Für Menschen wie Maria, die unter den Nazis verfolgt wurden und im Gefängnis oder im KZ saßen, muss dies besonders verletzend gewesen sein. Trotzdem war sie nicht verbittert.

Nach Kriegsende waren Frauen oft besonders hart getroffen. Sie zum Eintreten für ihre Rechte zu motivieren, gehörte zu den besonderen Anliegen von Maria Cäsar.

Sie setzte große Hoffnung in junge Menschen. Deren Unbefangenheit und Aufgeschlossenheit motivierten sie in besonderer Weise. Mit der ihr eigenen Begeisterung berichtete sie oft von ihren Gesprächen mit Jugendlichen. Das war vermutlich auch eine Ursache

Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.
Bertolt Brecht



Vielen Grazerinnen und Grazern war Maria Cäsar als unermüdete Zeitzeugin bekannt, die in den Schulen über ihre Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft berichtete. Bis zuletzt nahm Maria Cäsar aktiv am politischen Geschehen teil. Dass sie zur Kundgebung der KPÖ am 1. Mai kommt, war für sie bis ins hohe Alter selbstverständlich.

ihre lange anhaltenden Vitalität.

Trotz eines enormen politischen und gesellschaftlichen Arbeitspensums war Maria Cäsar auch ein Familienmensch. Mit Rudi hatte sie einen Ehemann, der

sie maximal unterstützte. Sie nahm intensiv teil an der Entwicklung ihrer Familie. Sie sorgte sich, wenn es Probleme gab, und war stolz auf Erfolge.

Ernest Kaltenegger

GRAZER
Stadtblatt

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Graz Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz. KPÖ-Gemeinderatsklub Graz, Rathaus. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316/71 24 79; Fax 0316/71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein **Regionalmedium** und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark.



Vorzugsstimme für Klimt-Weithaler – KPÖ+



7



Claudia Klimt-Weithaler

Liste 7 wählen!

Bei der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 ist die Vergabe von Vorzugsstimmen möglich. Wir ersuchen Sie, von diesem demokratischen Recht Gebrauch zu machen!

SOZIAL

AUCH NACH DER WAHL

LISTE 7

**FÜR DIE VIELEN,
DENEN WENIG BLEIBT**



**CLAUDIA
KLIMT-WEITHALER**

